

zu allen Verträgen. Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 150.— in den Ausgabestellen 160.— durch Zeitungsboten 170.— am Postamt 185.— ins Ausland 20 deutsche Mark.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundstiftung im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 35.— M. im Restamtteil 30.— M. Für Anträge aus Deutschland . . . 3.50 M. im Restamtteil 10.— M. in deutscher Mark. Telegrammadresse: Tageblatt Poznan.

Verleger: 4248, 3273, 3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau. Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznan. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausperrung hat der Bezieger keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Zur Rede des Abgeordneten Hasbach

Am Mittwoch brachten wir die Rede, in der namens der deutschen Sejmfraktion ihr Vorstehender, der Abgeordnete Hasbach, zu dem Programm des Kabinetts Bonikowski Stellung genommen hat. Mancher hätte wohl gewünscht, daß das, was bei dieser Gelegenheit im Namen der deutschen Minderheit zu sagen war, in etwas schärferer Form gesagt würde. Die Unhaltbarkeit und Untragbarkeit unserer Lage hätte mit stärkeren Strichen gezeichnet werden müssen, um das neue Kabinett zu einer Abspaltung von dem bisherigen System der Rechtsnachfolge des deutschen Elementes zu veranlassen. Die vornehmliche Abgelassenheit der Diplomatenprache mag den Vorzug haben, laute Proteste der Gegner hintanzuhalten, sie verzichtet aber darauf die Gleichgestellten zum Beifall zu ermutigen, die noch Unentschlossenen mitzureißen und die Dissidenten vor den Folgen ihres Dissenses zu warnen. So konnte die polnische Presse die Rede des deutschen Sprechers mit der Notiz abtun: „Im Namen der deutschen Abgeordneten bedauerte Herr H., daß der Premier der fremdständigen Bürger Polens nur mit wenigen Worten gedachte. Er berührte die Wahllage, die Bodenreform, die Schulfrage, sowie die Beziehungen zu Deutschland.“ Hoffentlich suchen nun unsere Abgeordneten recht bald die Gelegenheit, dem Herrn Kabinettschef in persönlicher Audienz unsere Beschwerden und Wünsche in etwas eindringlicherer Form vorzutragen. Die jüdische Bevölkerung hat ihrerseits eine solche Audienz schon erwirkt. In fünfzigstündiger Unterredung durfte Herr Dr. Thon über die Lage der jüdischen Minderheit mit dem Herrn Kabinettschef konferieren. Das, was Dr. Thon vorzubringen hatte, deckt sich im wesentlichen mit dem, was unsere Abgeordneten in der polnischen Presse über die Unterredung der Herren Bonikowski und Dr. Thon gibt. Wenn dem neuen Premier die durch 2 1/2 Jahre gegen die Deutschen gerichtete Politik der Vergewaltigung und Verdrängung entgegen ist wie ein Geschehnis auf fernem Welten, und wenn er nicht schon bei Übernahme des Kabinetts den festen Willen mitgebracht hat, mit der bisherigen Politik von Grund auf zu brechen, in der längst gereiften und gefestigten Erkenntnis, daß nur die zeitlose Gleichstellung der völkischen Minderheiten mit den Bürgern polnischer Nationalität dem Staate den verlorenen moralischen und materiellen Kredit wiedergeben kann, dann haben wir von seiner Leitung nichts zu erwarten. Eine solche grundlegende Erkenntnis läßt sich nicht von heute auf morgen aus dem einstündigen Vortrage eines deutschen oder jüdischen Abgeordneten erlangen, und noch weniger verdichtet sich diese Erkenntnis im Handumdrehen zu einem klaren Aktionsprogramm. Das mußte dem Premier fest untriffen vorliegen, als er das Kabinett übernahm, und es mußte als ein integrierender Teil seiner Gesamtpolitik in der Antirittik seine unzweideutigen Ausdrücke finden. Das eben ist es, was wir bei dem Kabinett Bonikowski ebenso vermissen, wie bei all seinen Vorgängern, daß die dem Minderheitenschutzverträge entsprechende Behandlung der völkischen Minderheiten als einer Frage von untergeordneter Bedeutung beiseite gelassen wurde. Gerade darum konnten und durften die chauvinistischen Hezer in allen Amtsstuben und auf allen Redaktionschemeln ihr Unwesen treiben und sich obenbreiten der stillschweigenden Zustimmung der Regierung verschaffen. Es klingt geradezu wie eine Ermunterung des nationalen Chauvinismus, wenn der Premier Herrn Dr. Thon auf seine Klage über die schändliche Heze der Presse und über die von ihr geschützte Pogromstimmung erwiderte: dagegen könne er nichts machen, denn wir lebten in einem parlamentarisch-konstitutionellen Staat, in dem die Presse völlige Freiheit habe und schreiben könne, was sie wolle, wenn es nur nicht dem Staatsinteresse abträglich wäre. Sehr schön, — aber erstens ist eben dem Staatsinteresse außerordentlich abträglich, wenn gegen völkische Minderheiten geht, deren Schutz als eine Angelegenheit von internationaler Bedeutung angesehen wird. Und zum anderen: Die polnische Presse ist seit ausnahmslos Parteipresse. Also schon durch die Einwirkung auf die Parteien kann die Regierung die Presse beeinflussen. Damit ist nicht gesagt, daß etwa dem Kabinett die Macht zuzusprechen würde, die gesamte Presse nach ihrem Willen zu uniformieren. Mag ein halbes Duzend Blätter heißen: worauf es ankommt, ist, daß die hinter der Regierung stehende Presse die Hezer in schärfster Form brandmarkt, daß die Regierung selbst und ihre Presse von den Propagandisten der Entredung der völkischen Minderheiten abhält, und daß die Regierung vor allem die Beamten, die den nationalen Chauvinismus vertreten, — und die mit in erster Linie die Hezypresse in pöbeln — rücksichtslos zur Verantwortung zieht und aus ihren Ämtern entern. Erst dann kann von einer Umstellung der Politik die Rede sein, die die Gesundheit des Staatswesens einleitet. Ein Premier, der erklärt, daß er dem Treiben der Hezypresse tatenlos zusehen müsse, der ist nicht gewillt, durchzugreifen und das Staatsschiff auf einen

neuen Kurs herumzuwerfen. Der gehört nicht zu den leidlich aufgeregten Persönlichkeiten im Lande, die, wie Herr Hasbach ausführte, davon überzeugt sind, daß eine baldige verlässliche Regelung der Beziehungen zu Deutschland — und als deren unabwiesliche Voraussetzung die angemessene Behandlung der deutschstämmigen Bürger des eigenen Landes — eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wir fürchten, daß es unseren Abgeordneten, wenn sie dem Herrn Kabinettschef ihr Memorial überreichen, ebenso gehen wird, wie es Herrn Dr. Thon ergangen ist: am Schlusse der Unterredung eine herzliche Verabschiedung, ein Dankeswort für die beachtenswerte Information und damit basta! Wir haben von dem Kabinett Bonikowski nichts anderes zu erwarten als von all seinen Vorläufern. Sonst hätte nicht gerade in diesen Tagen die Expropriierung von Ansiedlern einsehen dürfen, die — polnische Staatsbürger und seit einem Jahrzehnt auf ihren Stellen sitzend — nur bezwillen verjagt werden sollen, weil sie die Auslassung erst nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages erhalten haben. Will der Kabinettschef zeigen, daß er bereit ist, mit der bisherigen sinnlosen Verdrängungspolitik zu brechen, dann stütze er unverzüglich die Durchführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920, auf das sich die Expropriationsmaßnahmen stützen. Dieses Gesetz steht in ganz offensichtlichem Widerspruch zum Friedensvertrage, zum Minoritätenschutzvertrage und zur Verfassung. Soweit wir unterrichtet sind, hat der Vorkammerrat oder die Exekutivkommission Polens gegenüber dem scharfen Einspruch erhoben gegen die den Domänenpächtern auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 zuteilgewordene Behandlung. Angesichts dieses Einspruchs ist es ein unerhörtes Beginnen, wenn dasselbe Gesetz dazu herhalten muß, in gleicher Weise gegen eine Anzahl von Ansiedlern vorzugehen! Ebenso fällt in die ersten Tage des Kabinetts Bonikowski der Dromberger Schulskandal. Auch hier wird der Herr Kabinettschef mit starker Hand dreinjahren müssen, wenn es ihm mit der verfassungsmäßigen Behandlung der völkischen Minderheiten ernst ist. Läßt er den Chauvinisten hier wie dort weiter freie Hand, dann ist das Kabinett Bonikowski bloß ein neuer Name für das alte System, und es bleibt uns nur als letzter, äußerster Schritt — die Ausrufung des Völkerbundes. Nur schwer werden sich unsere Führer zu diesem Schritt verstehen. Er muß aber getan werden, wenn wir uns nicht des Verrats an uns selbst und an unserem Volkstum zeihen wollen.

## Oberschlesien.

### Tate Jonesen zur Frage.

Paris, 6. Oktober. (PA.) Der Vertreter des „Petit Journal“ hat Tate Jonesen nach seiner Ansicht über die ober-schlesische Angelegenheit befragt. Tate Jonesen sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die Angelegenheit an den Völkerbund überwiesen wurde, der ohne Zweifel diesen Anlaß benutzen wird, um durch Fällen eines Urteils, das auf dem Geiste und dem Buchstaben des Versailler Vertrages beruht, und durch eine durchführbare Teilung Oberschlesiens sein moralisches Ansehen zu stärken. Die gemeinsame Politik verlangt, daß Polen lebensfähig bleibt. Ein friedliches Europa sei ohne Polen, das Deutschland von Rußland trennt, nicht denkbar. Ein Polen ohne einen bedeutenden Teil von Oberschlesien wäre wirtschaftlich von Deutschland abhängig und könnte so seinen Zweck nicht erfüllen. Die Annäherung zwischen Polen und der Tschechoslowakei ist eine wichtige Notwendigkeit für den europäischen Frieden, da diese Annäherung letzten Endes den Zusammenschluß der kleinen Entente herbeiführen wird, die berufen ist, eine große Rolle in der Weltpolitik zu spielen. In jedem Fall — so erklärte am Schlusse Tate Jonesen — erwarte ich mit Vertrauen das Urteil des Völkerbundes. Ohne Rücksicht darauf, wie dieses Urteil ausfallen wird, wird Deutschland mit Sicherheit unzufrieden sein. Den Willen jener zu erfüllen, die den Krieg „propagiert“ haben (soll), erachte ich jedoch für Täuschung, die im Widerspruch steht mit dem gefundenen Verstande.

### Die Sonderkommission des Völkerbundes.

Brüssel, 6. Oktober. (PA.) Der „Oberschlesische Wanderer“ berichtet: Die schon seit längerer Zeit angekündigte Sonderkommission des Völkerbundes ist in Oberschlesien eingetroffen. Sie setzt sich aus zwei Spaniern, einem Brasilianer, einem Tschechoslowaken und einem Engländer zusammen. Gegenwärtig meist diese Kommission in Katowitz, von wo aus sie ihre Reise durch den ganzen Industriebezirk zur Prüfung des Gebiets und der Stimmung der Bevölkerung antreten wird. Die Eisenbahnlinie von Oppeln nach Katowitz wurde während der Durchfahrt der Kommission besonders bewacht. Die Kommission hält sich über die ober-schlesische Angelegenheit in Schweigen und erklärt, daß sie niemand Auskunft erteilen werde.

### Entscheidung am Sonnabend oder Sonntag.

Paris, 6. Oktober. (Berl. Tagebl.) Die französischen Abendblätter melden aus Genf, daß der Rat des Völkerbundes in der Lage sein wird, am Sonntag oder sogar schon am Sonnabend dieser Woche seine Ansicht über die Lösung der ober-schlesischen Frage auszusprechen. In diesen Tagen werde dem Obersten Rate die Entscheidung, die der Völkerbund vorschlägt, mitgeteilt werden.

### Die deutschen Gewerkschaften.

Katowitz, 6. Oktober. (Berl. Tagebl.) Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben am 1. Oktober durch Vermittlung des Generalsekretärs des Völkerbundes in Genf ihre nach Genf berufenen Vertreter Ehrhardt, Franz und Grisele ersuchen lassen, den Völkerbundrat um Entsendung von Vertretern nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbar großen Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung ist die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabwiesbar notwendig. Diese dringliche Prüfung kann auch durch die mündliche Vernehmung der Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaften in Genf nicht ersetzt werden.

### Rückkehr der Flüchtlinge.

Brüssel, 6. Oktober. (PA.) Am Dienstag fand in Brüssel die Fortsetzung der polnisch-deutschen Verhandlungen über die Rückkehr der Flüchtlinge nach ihren ständigen Sitzen und über ihre persönliche Sicherheit statt.

## Frankreich und die Abrüstungsfrage.

Auf der Tagesordnung der Sonnabendnachmittags-Sitzung der Völkerbunderversammlung (über die schon kurz berichtet wurde) stand die Abrüstungsfrage. Eine in mancher Hinsicht bemerkenswerte Rede hielt bei dieser Gelegenheit der französische Delegierte Roblemaire, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem, der sich im letzten Jahre und seit den Friedensverhandlungen in Paris nicht verändert habe, darlegte und als Voraussetzung für die spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechts forderte. Schließlich sei die Prüfung einer gemeinsamen, vom Völkerbund auszuübenden Aktion auf Grund des Artikels 16 des Paktes notwendig. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden, und zwar an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Versammlung erklärte Roblemaire, daß er mit Vorsicht, Höflichkeit und Gerechtigkeit das Problem angehen wolle. Er betonte zunächst, indem er an seine eigenen Kriegserlebnisse erinnerte, daß man auch die Gefühle und die Tapferkeit beim Gegner achten müsse. Genau so wie der französische Soldat vor seinem Tod im Feld als letztes Wort „Es lebe Frankreich“ ausgerufen habe, so sind auch Hunderte und Tausende von deutschen Soldaten mit dem Rufe auf den Lippen gestorben: „Es lebe Deutschland!“ Warum, so rief Roblemaire aus, sollen diese heiligen Wünsche unserer Helden — und ich sage das Wort „Helden“ von ganzem Herzen, indem ich mich bemühe, Ausschreitungen, deren Schrecken wir nicht wieder erleben wollen, zu vergessen —, warum sollen diese Wünsche sich nicht alle verwirklichen? Warum soll es unmöglich sein, daß in Zukunft Frankreich lebt, aber auch Deutschland lebt? Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht auch ein freies Deutschland leben können? Sind wir nicht gerade deshalb hier, um dieses Ereignis, das in sich das Glück und den Frieden eines großen Teiles der Welt birgt zu ermöglichen und es in die Wege zu ermögligen? Roblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Zusatzantrag Bourgeois' zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiedergutmachungen und die notwendigen Sicherheiten durch die vollständige und lokale Ausführung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung der Waffen so gut wie vollzogen, aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt, so daß die Fortführung der bisherigen Kontrolle nicht überflüssig ist, so wenig wie die im Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Überwachung. Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Roblemaire die Forderung der moralischen Abrüstung, die wichtiger sei als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. Wie steht es aber mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Geister und Herzen vollzogen hat, oder aber, wir wissen zu gut, daß sie noch auf starke Widerstände stößt. Wir sehen, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt, die des Kriegs- und Revandgeistes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie. Und das können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit von ganz Europa zusammenfällt, gewiß und voll an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbestritten ist, sich fester demokratischer Einrichtungen erfreut und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will bestritten, daß in dieser Stunde der Ausgang des Duells noch unsicher ist, daß wir infolgedessen Gewehr bei Fuß bleiben müssen. Das sei, führte Roblemaire aus, kein Militarismus, sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbund und werde jetzt auch nach Washington gehen. Roblemaire schloß seine Rede mit den Worten: Ich glaube, den Willen meines Landes und auch des Völkerbundes in folgende Worte zusammenfassen zu können: Si vis pacem, para pacem!

Die Rede wurde von vielfachen Weisheitsstundgebungen unterbrochen. Zum Schluß beglückwünschten zahlreiche Delegierte den Redner.

Nach Roblemaire sprach der Vertreter Australiens, Bruce, der die Notwendigkeit ernsthaftester Rüstungsbeschränkungen an einem Beispiel seines Landes erörterte, das sich die Frage stellen müsse, ob es weiterhin nur an die Landesverteidigung denken wolle, anstatt sich der so notwendigen Rohstoffversorgung Europas zu widmen.

Der Präsident der Dritten Kommission, Branting-Schweden, bedauerte, daß die Welt immer noch nicht im Friedenszustand wäre, und daß große Nationen immer noch nicht dem Bunde angehörten, und daß der Kriegsgestir noch weiter herrsche. Er charakterisierte die Kommissionsanträge mit dem Hinweis, daß die vorläufige Aufgabe des Völkerbundes, die Herbeiführung eines Stillstandes in den Rüstungen sein müsse, während die Beschränkungen der Rüstungen nach der Zukunft vorbehalten blieben. Aber er betonte, daß es falsch wäre, die Sicherheit der Völker nur in ihren Rüstungen zu sehen. Das Schicksal großer Reiche habe das Gegenteil bewiesen. Die eigentliche Durchführung der Pläne liege bei der Arbeiterklasse, für die das gegenwärtige Werk der Versammlung ein wertvoller Fingerzeig sei.

Schärfer Italien hob hervor, daß Italiens stets für die Beschränkung der Rüstungen eingetreten sei und bereits den Anfang damit gemacht habe. Er brachte eine Entschließung ein, in der mit Rücksicht auf die Notwendigkeit einer praktischen Verwirklichung die Annahme des Kommissionsberichtes empfohlen wird.

Alle späteren Redner, Fisher-England, Symans-Belgien und auch Lord Cecil schlossen sich der Rede Roblemaires an und hoben die Bedeutung ihrer Darlegungen zum deutlichen



französischen Problem hervor. So gab Fisher zunächst dem Verständnis Ausdruck, das England der französischen Auffassung entgegenbringe; jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Gefühle nicht nur auf der einen Seite des Rheins...

Ohmans-Belgien sah in der Übereinstimmung Englands und Frankreichs ein bedeutendes Ereignis, über welches auch die in der Versammlung vertretenen kleinen Staaten die größte Genugung empfinden.

Cecil, der die Debatte schloß, bezeichnete die Rede Klobemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt...

Die Montagigung des Völkerverbundes.

Genf, 6. Oktober. (P.M.) Die Versammlung nahm zahlreiche Verbesserungen an den Entwürfen des Völkerverbundes an, besonders in der Durchführung von Zwangsmaßnahmen gegen Staaten, die die übernommenen Verpflichtungen verletzen...

Die Washingtoner Konferenz.

Wien, 6. Oktober. (P.M.) Die Neue Freie Presse berichtet aus Paris, daß nach der Washingtoner Konferenz eine Zusammenkunft Lloyd Georges mit Briand zwecks einer Verständigung in den Fragen über die auf der Washingtoner Konferenz beraten werden soll, stattfinden wird.

Die Vertreter Japans.

Washington, 5. Oktober. (P.M.) Japan wird auf der Abrüstungskonferenz durch den japanischen Vorschauer in Washington Shidehara und dem Admiral Kaze vertreten sein.

Der Hapervertrag.

Paris, 6. Oktober. (Tel.-N.) „Newyork Herald“ meldet aus Washington: Der Vertrag über die Insel Yap soll folgende Bestimmungen enthalten: Die Vereinigten Staaten bekommen das Kabel von Yap nach Guam, Japan bekommt das Kabel von Yap nach Shanghai, Holland das Kabel von Yap nach Menada...

Lies Kainer.

Geschichte einer Ehe von Reutime von Winterfeld.

(22. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterlagt.)

Was das wirklich alles schon ein halbes Jahr her? Seit jenen Tagen, als der Schnee auf den Dächern von Königsberg lag, bis heute, wo der Wind mit seinen weichen Samthänden über die blühenden Kornfelder von Milmer fließt...

Auf der weißen Bank unter den alten Linden vorm Herrenhaus saß Lies, neben ihr im Korbwägelchen, dem uralten, breiten, in dem auch sie einst gelegen, durch grünen Schleier vor Sonne und Fliegen geschützt, schlief ihr Kind. Wie die weichen, kleinen Arme zurückgeworfen lagen auf dem spizenumsäumten Kopfkissen!

Zimmer wenn Lies so auf ihr schlafendes Kind sah, mußte sie an seine Zukunft denken. Wenn er erst in die Schule ging! Wenn dann andere, Fremde kamen, ihn fortzureißen von ihrem Mutterherzen, ihm andere Wege zeigten, ihn andere Bahnen führten, die nicht ihre sorgsame Mutterhand ängstlich geebnet? Aber nein — ihr Kind sollte kein Mutterknecht werden, — groß, stark, frei — sollte er selbst seinen Weg gehen, den ihm seine Gaben und Anlagen wiesen. Rein und stolz, wie ein junger Siegfried...

Die Uebergabe Westungarns an die Generalkommission.

Wien, 6. Oktober. (Tel.-N.) Die vorgesehene in Odenburg erfolgte Uebergabe von Westungarn an die Generalkommission in Odenburg wird in Wien als Komödie aufgefaßt. Österreich sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es dieses Protokoll nicht anerkennt und es der Entente überläßt, die Banen aus Westungarn zu vertreiben und dann Westungarn an Österreich zurückzugeben.

Die Vermittlungskonferenz Italiens Ende in Venedig unter Vorsitz der italienischen Minister des Äußeren Mariscallo della Torretta statt. Zu der Konferenz in Venedig wird der Bundeskanzler Dr. Schober und der ungarische Minister des Äußeren Graf Banffy erwiehen. Da von italienischer Seite erklärt wurde, daß die italienische Vermittlungskommision eine scharfe Spitze gegen die Tschechoslowaken und gegen die vom tschechischen Minister des Äußeren Dr. Benesch eingelegte Vermittlung habe, erklärte der italienische Gesandte in Prag, daß die italienische Vermittlungskommision schon vor der Aktion des Dr. Benesch eingeleitet habe, und daß in dem Schritt Benesch keinerlei Absicht gegen die Tschechoslowaken gesucht werden könne.

Die Geltungsdauer des Ultimatus an Ungarn dürfte bis zum 8. Oktober verlängert werden. Österreich wird die Konferenz in Venedig annehmen. Falls ihm der Umständliches zugemutet wird, wird es fernerlich Vertragsverletzung, sowie Rechtsgültigkeit des Vertrages bestreiten.

Das Interesse der Kleinen Entente.

Prag, 6. Oktober. (P.M.) „Narodni Listy“ schreiben über die ungarische Frage, daß diese Angelegenheit nicht nur für die Tschechoslowaken sondern auch für Jugoslawen, Rumänen und die Verbündeten wichtig sei. Es kommt vor allem darauf an, daß Ungarn sich nicht von dem Gedanken leiten läßt, der Vertrag von Trianon könne verletzt werden. Wenn man erlauben würde, so schreibt die Zeitung, daß der Vertrag auch nur an einer Stelle eine Änderung erfahre, so müssen wir darauf vorbereitet sein, daß Ungarn an anderer Stelle sein Glück versuchen wird.

„Journal“ zu der Frage.

Paris, 6. Oktober. (P.M.) In der Einleitung der Vorkonferenz, die Rollen des Vorkonferenzrats, eine Vermittlungskommission zwischen Österreich und Ungarn zu unternehmen, schreibt „Journal“, daß diese Entscheidung nichts anderes als die Verletzung des Friedensvertrages bedeute und noch bemerkenswerter sei als der Standpunkt der Mächte in der oberkatholischen Frage. Die Zeitung erinnert an die einzelnen Phasen des westungarischen Konflikts und betont, daß die Entscheidung des Vorkonferenzrats darauf hinausläuft, den Standpunkt der Kleinen Entente, die den Konflikt zwischen den Donauplänen in friedlicher Weise schlichten wollte, zu untergraben.

Unruhen in Ostindien.

Die aufständischen Moplas.

London, 5. Oktober. Das Indische Amt teilt mit: Der andauernd starke Widerstand der Moplas wird als ernst angesehen. Ein energischer Feldzug wird vielleicht notwendig sein. Die Rebellen nehmen eine Guerillataktik an. Man glaubt, daß die Zahl der Aufständischen zunimmt. Das Bandenwesen wächst.

Terror der Moplas.

Kalkutta, 4. Oktober. (Tel.-N.) Die Lage in Milattur ist sehr ernst. Die Aufständischen stellen die Hindus vor die Wahl: Tod oder Islam! Weigern sie sich, zum Islam überzutreten, so werden sie zunächst gezwungen, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Verharren sie dann weiter auf ihrer Weigerung, so werden sie erschossen. Die Aufständischen haben die vollständige Unabhängigkeit Milatturs verkündet. Die den Hindus gehörende Ernte wurde beschlagnahmt. Die Hindus flüchten. Mehr als 2000 Flüchtlinge sind bereits in Perintalmanna eingetroffen.

Die Moplas oder Mappilas (englisch: Moplahs) sind die Nachkommen der Araber und der zum Islam übergetretenen Hindus im südlichen Vorderindien, besonders an der Malabarhalbinsel. Ihr Oberhaupt ist der Kadja von Kannonur, ihr Oberpriester der Tempel in Ponani. Durch ihren Gewerbesitz haben die Moplas zum Wohlstand des Landes beigetragen. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts waren sie durch ihre Seeräuberlei berüchtigt. Es gibt auch christliche Moplas (die Passaranti-Moplas). Das sind die Nachkommen der syrischen Thomaschristen in Cochinchina.

Politische Tagesneuigkeiten.

Der schwedische Gesandte in Lettland. Die schwedische Regierung ernannte den ehemaligen Generalkonsul in Hamburg Luda zum schwedischen Gesandten für Lettland und Estland. Das schwedische Kabinett ist zurückgetreten. Finnes neue Regierung. Die neue Koalitionsregierung tritt morgen schon ihr Amt unter dem Vorsitz des Autonomisten und früheren Bürgermeisters der Stadt, Dr. Parrella, an.

Michalskis Finanzprogramm.

Die Programmrede des neuen Finanzministers wird in der Presse lebhaft beprochen. Das ist in dreierlei Hinsicht umso notwendiger, als der Bericht der polnischen Telegraphenagentur über diese Rede offenbar nicht in allen Stücken genau und von klarenstellenenden Fehlern frei war. Wir verüben in unserer Gerechtigkeit über diese Rede die Ankündigung der Abschaffung der direkten Steuern mit 3 Fragezeichen. Es hat sich denn auch erwiesen, daß an dieser Stelle die Meldung der polnischen Telegraphenagentur einen Fehler enthält, der den Sinn des Berichtes in ein Gegenteil verkehrt: Es mußte nicht Zniesienie (Abkündigung) sondern podniesienie (Steigerung) heißen.

Der „Kurjer Pocz.“ schreibt über Michalskis Rede: „Indem wir uns die Besprechung der Einzelheiten für später vorbehalten, wollen wir heute schon hervorheben, daß die Ankündigung einer Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit durch Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus in allen produktiv schaffenden Kreisen der Bevölkerung lebhaften Widerhall gefunden hat. Zu beachten sind auch die weitgehenden Forderungen Michalskis hinsichtlich der Sparsamkeit und der Beschränkung der Ausgaben. Unter anderem behält sich der Finanzminister ein Vetorecht im Ministerrat vor gegenüber allen von irgendwelchem Ressort verlangten Ausgaben. Über die Steuerpläne des neuen Ministers werden wir uns erst später äußern können. Jedenfalls ist noch in diesem Jahre die Einziehung der einmaligen „Volkspende“ geplant. Außerdem kündigt der Minister die sofortige Erhöhung der direkten Steuern an (nicht ihre Abschaffung, wie die Polnische Telegraphen-Agentur irrtümlich meldete). Es ist klar, daß die direkten Steuern nicht ausreichen, und daher wird der Minister nicht unterlassen können, neue geeignete Steuerquellen ausfindig zu machen. Schließlich muß noch der Plan der Gründung einer Emissionsbank unter Teilnahme inländischer und ausländischer Kapitalisten zur Besichtigung des „franken“ Geldes und zur Einführung einer neuen Valuta erwähnt werden. Das ist ohne Zweifel eine sehr komplizierte Arbeit, die die vorausgehende Stabilisierung der polnischen Mark verlangt. Von einem Programm bis zu seiner Ausführung ist ein weiter Weg. Die Schwäche der Stellung des Kabinetts Ponikowski im Sejm wird dem neuen Finanzminister seine Arbeit nicht erleichtern. Der Nationale Volksverband wird — im Widerspruch zu überflüssigen Unterstellungen, die ihm vorwerfen, er untergrabe die Stellung der jetzigen Regierung, — sachlich an der Sanierung der Finanzen mitwirken und seine Mitarbeit nicht verweigern, solange er überzeugt ist, daß die Arbeit zum Wohle des Vaterlandes geschieht. Er wird sich aber freilich auch sein Recht der Kritik nicht nehmen lassen und sein Recht, zu widersprechen, wo das Wohl des Vaterlandes es erfordert.“

Der „Biennik Pocz.“ beschäftigt sich mit Michalskis Finanzprogramm in dem Leitartikel seiner Nr. 211 unter der Überschrift: „Der eiserne Besch.“ Dort ist zu lesen: „Vorläufig können bloß die Hauptzüge des Finanzprogramms nachgezeichnet werden, nämlich die Steigerung der Landesproduktion, die Beschränkung der Ausgaben und die Maßnahmen zur stärkeren Füllung der Staatskasse. Das ist vorläufig ein ziemlich weiter Rahmen, und der Herr Minister konnte bisher in einzelnen nicht wesentlich Neues sagen. Erst die Art der Ausführung des Programms wird eine genaue Vorstellung von seinem Wesen geben. Das betrifft besonders die einmalige Volkspende und die Gründung der Emissionsbank unter Teilnahme inländischer und ausländischer Kapitalisten. Zu billigen ist der Plan der Gründung eines Finanzrates und eines Wirtschaftsrates und der Verpachtung der wirtschaftlichen Institutionen und Anlagen, die dem Staat jetzt verfallen bringen, aber Einnahmen schaffen können, wenn die private Initiative sie in die Hand bekommt. Ferner muß hervorgehoben werden die Ankündigung der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus. Der Schwerpunkt liegt jedoch nicht sowohl in den Einzelplänen, als vielmehr in der Art ihrer Durchführung, und besonders in der Energie, mit der der Minister sie durchführen wird. In dieser Beziehung hinterläßt Herr Michalskis Rede einen sehr günstigen Eindruck. Der neue Finanzminister scheint ein Mann zu sein, der nicht nur weiß, was er will, sondern auch den Willen hat, seine Absichten mit vollem Nachdruck in die Tat umzusetzen. „Ein eiserner Besch, eine eiserne Schere, eine eiserne Schraube“, sagte er, „das ist meine Parole.“ Das ist zugleich die Parole der ganzen Bevölkerung, soweit die Parteipolitik sie noch nicht um die Fähigkeit gebracht hat, das Wohl des Ganzen zu erkennen. Jetzt handelt es sich darum, daß die Energie des Ministers nicht an dem sträflichen Widerstand gewisser Faktoren scheitert, daß der Sejm diese Energie nicht lähmt, daß die Parteien die gerechte Verteilung der Lasten nicht dadurch unmöglich machen, daß sie, um die Gunst der Wähler suchend, die Steuerlasten auf die Wähler anderer Parteien abzuwälzen suchen. In dieser Hinsicht wird es von Wert sein, zu erfahren, welche Nachbefugnisse der Finanzrat erhalten soll und ob der Sejm einen Teil seiner Hoheitsrechte auf ihn übertragen wird, um den Parteien eine Wahlagitation zum Schaden der Staatsfinanzen unmöglich zu machen. Es muß ferner die Frage aufgeworfen werden, ob wir die notwendige Finanzdilatation bekommen werden, das heißt, eine so weit gehende Machtvollkommenheit des Finanzministers, daß ohne seine Zustimmung keine Ausgaben genehmigt werden dürfen. Wenn der Sejm die erforderlichen Ge-

Ellen setzte sich auf die Banklehne und schnippte mit dem Finger.

„Muß nicht so viele immer um Rat fragen, Mutterchen. Dies ist doch halt ganz alleine meine Angelegenheit.“

Lies nickte.

„Ellen hat recht, Mutter. Zwingt sie nicht durch Bitten oder Vorstellungen.“

„Aber wer redet denn von Zwingen, Lies. Wir fragen sie ja bloß.“

Ellen legte die Hände um die Knie. Sie sah in die Ferne.

„Lies hat gesagt, wenn der eine kommt, den Gott zum Weggenossen für uns bestimmt hat, dann ist von einem Schwanken und Überlegen einfach gar nicht mehr die Rede. Dann weiß man halt sofort, das ist er. So wie es bei Lies und Anut war. Aber wenn ich Pastor Tille heirate? Denk doch nur, wie schrecklich! Dann könnte ja plötzlich mit einem Male doch der eine kommen, — denn es gibt für jeden Menschen den einen, — die ihn aber nicht abwarten können, werden unglücklich. — Hallo, Lies, der Brinz ist aufgewacht. Darf ich ihn herausnehmen? O, wie süß er lacht.“

Vorsichtig hob Ellen den Kleinen aus dem Wagen und brachte ihn der jungen Mutter. Wie rot seine Backen waren vom Schlafen, und wie hell seine großen, blauen Augen.

„Doch auch zu fatal, daß Deine Friba gerade jetzt krank werden mußte. So hast Du nur unnötige Plackerei mit dem Jungen, statt Dich hier zu erholen.“

„Aber Mutterchen, das ist doch keine Plackerei, den Jungen bei sich zu haben. Er ist so lieb und schläft fast die ganze Nacht durch.“

Sie sah nach der Uhr.

„Es ist auch gleich Zeit, daß er herein muß zum Abend-süppchen und dann ins Bett.“

(Fortsetzung folgt.)



sehe beschließen und sich selbst dementsprechend verhalten wird...

Am ganzen kann gesagt werden, daß die bis jetzt vorliegenden...

Der polnisch-rumänische Vertrag

Nach 6. Oktober. Im Warschauer Telegramm veröffentlicht den...

Polen und Danzig

Berlin, 5. Oktober. (A. Z.) Aus Anlaß der gütigen Be-

Sozial- u. Provinzialzeitung

Polen 6. Oktober. Stadtverordnetenversammlung

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung der Stadtverordneten-

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung in einem Schreiben...

Darauf verlas der Stadtverordnete Wypiórski eine Er-

Stadtverordnete wünscht Aufklärung über die Regelung...

Stadtverordnete wünscht über die Arbeitslosigkeit...

Vizepräsident Dr. Kiedaeg: Auf der letzten Sitzung in dieser...

Stadtverordnete wünscht über die Arbeitslosigkeit...

Stadtverordnete wünscht über die Arbeitslosigkeit...

die Firma Tegelski ihre Bauten immer noch nicht in Angriff...

Vizepräsident Dr. Kiedaeg beendete die Besprechung dieser...

Die Punkte Wahlen, persönliche Angelegenheiten...

Die erneute Erhöhung des Wasserpreises und...

Vizepräsident Dr. Kiedaeg beendete die ständige Besprechung...

Agiliter mit der Erhöhung des Wasserpreises behandelte Stadt-

Auch diese Preisserhöhung wurde von der Versammlung ange-

Der nächste Punkt betraf die künftigen Wahlen zur...

Stadtverordnete wünscht über die Arbeitslosigkeit...

Alle drei Anträge einschl. der Kandidatur Kiepecki...

Darauf wurde über eine einmalige Feuerungszulage...

Mehrere Stadtverordnete befragten die Feuerungszulagen...

Stadtverordnete wünscht über die Arbeitslosigkeit...

Das Staatswörterbuch mit: Alle die Banknoten...

Prof. Dr. Georg Weiser: Ein Herzschlag endete am...

Die Kohlensteuer bleibt bestehen. Nach einer Weidung...

Roboter Lieberabend. Am kommenden Sonntag, den...

Der Verein Deutscher Sängers teilt mit, daß die Kartenauss-

Deutscher Theaterverein. Nachdem die musikalische Sektion...

Deutscher Frauenbund. Am Sonntag, dem 2. Oktober...

Diebstähle. Am Dienstag wurde in eine Wohnung...

Krotoschin, 5. Oktober. Da die Schulen auf freiständliche...

Grabenberg, 5. Oktober. Seit dem 1. d. Mts. sind die Tarife...

Kurze der Posener Börse

Table with columns for exchange rates (Official, Unofficial), dates (6. October, 4. October), and various financial instruments like bonds and stocks.

Responsible: Dr. Wilhelm...



Bei der Auslosung von Pozener Stadtsanleihen sind folgende Nummern gezogen worden:

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1885, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1900, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1903, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1905, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1908, I. Ausgabe, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Table with 2 columns: Anleihe vom Jahre 1910, Buchstabe A, B, C, D, E. Lists numbers and amounts.

Die Verzinsung zur Tilgung im Jahre 1921 nötigen Schuldscheine sind angekauft und zwar: von der 3 1/2 % Anleihe vom Jahre 1884...

Advertisement for 'Original Dehmes Rübenheber' and 'Agraria' A.G. Poznań, ulica Składowa 4.

Da mit dem 1. Oktober d. Js. der Freihandel mit Steinkohlen und Koks eingeführt wurde und daher keine Vorräte vorhanden ist...

Zuckerpreise. Gemäß Verordnung des Ministeriums des ehem. Kr. Gebiets wird der Zuckerpreis für die Monate September-Oktober wie folgt festgesetzt:

Achtung! Achtung! Suche für reelle Reflektanten, Güter, Landwirtschäften aller Größen, Häuser, Villen, Gastwirtschäften u. sonstige Geschäfte.

Agentur Bureau M. Koralewski, Poznań, ulica Stromykowa 38. Telefon 2478.

Landgüter von 300-5000 Morgen. Stark, Poznań, ulica Długa 4, Fernspr. 2760.

florierende Maschinen- oder Metallwarenfabrik. Zu kaufen gesucht.

Fabrikkartoffeln und frische Zichorienwurzeln. T. Nawicki, Poznań, plac Wolności 11.

Brennholz-Verkauf in der Gutsforst Wierzonka. Am Dienstag, dem 18. Oktober sollen ca. 100 rm Niesern-Kloben und Knüppel...

Kaufe jeden Posten Säckchen aller Art, auch zerrißene. W. Trawiński, Poznań, ulica Wroniecka 12.

fensterglas in allen Maßen, Ornamenten, Roh-, Draht- u. Messingglas; Glasfenster, Glaserdiamanten, Bilderrahmen, Strohpappen, L. Zippert, Sp. z o.p., Gniezno.

Rechnungsstücker(in) zum 1. November 1921 gesucht. Lebenslauf, Zeugnisse, Abschriften und Bild sind einzuwenden an: Gutsverwaltung Obrki, Post Macowice, Arels Strzelno.

Graudenz. Große deutsche wirtschaftspolitische Tageszeitung des Ostens sucht für die Verwaltung einer in Pommerellen, wahrscheinlich Graudenz, zu errichtenden Zweigstelle möglichst zu sofort einen gewandten, möglichst polnisch-sprechenden Deutschen Herrn.

Graudenz. Große deutsche wirtschaftspolitische Zeitung des Ostens sucht unter günstigen Bedingungen für Graudenz einen tüchtigen redaktionellen deutschen Mitarbeiter, der die östliche Wirtschaftspolitik beherrscht und nebenamtlich im Sinne einer deutsch-polnischen Annäherung die regelmäßige Berichterstattung übernimmt.

Bilanz- und Buchhalter für sofortigen Antritt gesucht. Für Verheirateten Dienstwohnung Danziger Privat-Bank, Graudenz.

landw. Beamter, der Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit durch langjährige Zeugnisse nachweisen kann, dauernde Stellung, wo spätere Behergung gestattet wird.

ersten Verkäufer, der auch fähig ist, den Einkauf selbständig zu tätigen. Schriftliche Angebote erbitet.

10-20 erstkl. Rock-, Sacco- und Paletot-Schneider können sich sofort melden bei Erdmann Kuntze, Schneidermeister, Poznań, ulica Nowa 1, I. u. III. Stock.

Anfertigung vornehmster Herren- und Damen-Moden. Maurer Karl Dech, Baugesellschaft, Danzig, wall 12.

Stellenangebote für dauernde Beschäftigung gesucht.

Suspektor, 25 Jhr., Landwirtssohn, sucht von sofortige Stellung als Beamter unter Chef. Vorige Stelle mußte ich wegen Übergabe der Domäne verlassen, gute Zeugnisse vorhanden. Offerten unter Nr. 3207 an die Geschäftsstelle d. Bl.